

auf die Unterstüfung der konservativ-imperialistischen Opposition angewiesen ist, sondern auch weil die mit dieser Politik verbundenen Rüstungsausgaben immer mehr ihr über den Kopf wachsen. So ist sie, wie die Churchill'sche Deklaration beweist, jetzt bereit, die Hilfe der Kolonien zu empfangen, selbst wenn sie dadurch gezwungen sein sollte, ihnen eine Stimme in der Leitung der auswärtigen Politik einzuräumen und somit die Verfassung über den Haufen zu werfen.

Es bleibt abzuwarten, ob es wirklich dazu kommen wird. In den Kolonien wie in England selbst gibt es noch eine starke öffentliche Meinung, die sich dem Gedanken eines solchen Mitwirkens zwischen dem Mutterlande und den Kolonien widersetzt. Allein, je mehr sich der deutsch-englische „Gegensatz“ verschärft und das Rüstungsfever zunimmt, desto schwächer wird sich dieser Teil der öffentlichen Meinung behaupten können, und so kann noch eines Tages der deutsche Flottenschauvinismus die vereinigte Seemacht des gesamten britischen Reichs sich gegenübersehen.

Gewerkschaft und Sozialismus.

Wenn die Syndikalisten ihre Ablehnung der parlamentarisch-politischen Kampfmethode begründen wollen, reden sie nicht über deren wirkliche Bedeutung, die stetige Steigerung der Macht des Proletariats — dazu fehlt ihnen die marxistische Einsicht. Sie kritisieren das Ziel der Sozialdemokratie, die Eroberung der Staatsgewalt. Was ändert sich im Wesen der Welt, sagen sie, wenn eine sozialdemokratische Mehrheit ins Parlament kommt und sozialistische Minister an die Stelle der bisherigen treten? Von einem einfachen Wechsel der Regierungspersonen kann die Umwälzung der Gesellschaft nicht abhängen. Es ist lächerlich, zu glauben, daß die Arbeiter bloß dadurch, daß sie eine bestimmte Fettel in eine Urne werfen, die soziale Revolution durchführen können. So einfach geht das nicht, dazu ist noch etwas ganz anderes nötig.

Es ist beachtenswert, daß die Beweisführung gar nicht spezifisch syndikalistisch ist. Von den reformistischen Gewerkschaftsführern hört man bisweilen ähnliche Argumente: wenn wir die politische Herrschaft erobert haben, wird es uns noch gar nicht möglich sein, den Sozialismus durch Staatsdekret einzuführen, wenn die wirtschaftliche Entwicklung dazu nicht reif ist. So unrichtig der Schluß selbst ist — denn die politische Herrschaft bedeutet die Beseitigung der Hemmnisse, die der raschen wirtschaftlichen Umwälzung zum Sozialismus im Wege stehen —, so richtig ist das Empfinden, das sich in dieser gemeinsamen reformistisch-syndikalistischen Kritik ausdrückt. Das Empfinden nämlich, daß der Ausbildung der Organisation der Arbeiter eine entscheidende Rolle im sozialen Umbildungsprozess zukommt. Nicht weil die einen Syndikalisten und die anderen Revisionisten sind, sondern weil beide Gewerkschaftler sind, kommt es ihnen — im Gegensatz zu den Parlamentariern — so stark zum Bewußtsein, daß die gewerkschaftliche Organisation ein wesentlicher Faktor in dieser Umwälzung sein muß.

Es wäre in der Tat höchst sonderbar, wenn diese wichtige Erscheinung der modernen Welt, das Zusammenwachsen der Arbeitermassen zu geschlossenen mächtigen Organisationen nur für den Kampf um Lohn und Arbeitszeit dienen sollte, aber für die große gesellschaftliche Revolution völlig bedeutungslos wäre. Worin liegt nun aber ihre Bedeutung? Die Syndikalisten reden davon, daß die Arbeiter in der Gewerkschaft zur Freiheit und zur Selbstbestimmung erzogen werden müssen; und die Reformisten erwarten von den mächtigen Arbeiterverbänden, daß sie die Alleinherrschaft der Kapitalisten in der Werkstatt antasten werden. Beide reden sie davon, daß die Arbeiter zum Sozialismus noch reif sind; und gewiß wird auch kein Mensch behaupten, daß die Organisation, die Einsicht, der revolutionäre Trotz und die Disziplin im Proletariat schon genügend ausgebildet sind. Das Sonderbare ist nur, daß man dabei eine Eroberung der politischen Herrschaft als möglich erachtet, die dann wegen der Unreife des Proletariats nicht zum Sozialismus führen könne! In Wirklichkeit liegt keine mangelnde Reife zum Sozialismus, sondern nur mangelnde Reife zur Revolution, zur Eroberung der Herrschaft vor, eine Unreife, die nichts als Mangel an Macht ist. Während dieses Wort in dem Munde der Reformisten und Syndikalisten entmutigend wirkt — weshalb soll man sich für die Beseitigung der Kapitalherrschaft anstrengen, wenn sie doch durch die Unreife der Welt ergebnislos bleibt —, kann er in unserm Sinne nur anfeuernd wirken, da die sogenannte Unreife nur Mangel an Macht zum Siege ist, also im Augenblick des Sieges wegfällt.

Die Herrschaft der Bourgeoisie beruht auf der straffen Organisation der Staatsgewalt gegenüber der Zersplitterung der Masse. Die Organisation der Masse ist also die

„Bilder und Devisen“ erinnerten. Die Jungen dagegen erwähnte er gewissenhaft niemals, so daß das Publikum, das zehn Jahre lang keine Namen als die der Alten gehört hatte, an der Zukunft der Kunst zu verzweifeln begann. Eine Ausnahme hatte er jedoch gemacht, und das war eben jetzt geschehen, und leider in einer unglücklichen Stunde; darum befand sich das Graubäuchchen heute morgen in einer erregten Gemütsverfassung.

Dies war geschehen: Sollen, wenn wir uns an diesen unbedeutenden Namen von einer früheren, nicht gerade bemerkenswerten Gelegenheit erinnern, war im letzten Augenblick mit seinem Bild auf die Ausstellung gekommen. Als es den schlechtesten Platz erhalten hatte, den es erhalten konnte, da der Urheber weder die königliche Medaille besah noch zur Akademie gehörte, langte der „Professor in Karl XI.“ an. Er wurde so genannt, weil er nie was anderes als Szenen aus der Geschichte Karls IX. malte; das wieder kam daher, daß er einmal an einer Auktion ein Weinglas, ein Tischschuch, einen Stuhl und ein Pergament aus der Zeit Karls IX. gekauft hatte; die malte er nun seit zwanzig Jahren, bald mit, bald ohne König. Aber er war jetzt Professor und Ritter hoher Orden, und es war nichts zu machen. In der Ausstellung war er mit dem akademisch gebildeten Kritiker zusammen, als sein Auge auf den stillen Mann der Opposition und dessen Bild fiel.

— So, Sie sind wieder hier, Herr? — Er setzte das Vincenz auf. — So, das soll der neue Stil sein! Hm! Hören Sie mal, Herr! Gehorchen Sie einem alten Mann; nehmen Sie das fort! Nehmen Sie fort! Oder ich sterbe. Und Sie tun sich selber einen großen Dienst damit! Was sagst du dazu, Bruder?

Der Bruder war der Ansicht, es sei ganz einfach unverstämmt, und als Freund rote er dem Herrn, Schildermaler zu werden. (Fortsetzung folgt.)

Schaffung jener Macht, die allein imstande ist, der Macht des Staates siegreich entgegenzutreten. Daher bedeutet die gewerkschaftliche Organisation etwas viel Gewaltigeres und Größeres als den bloßen Zusammenschluß der Arbeiter zur Erreichung besserer Arbeitsbedingungen. Sie bedeutet den Anfang zur Aufhebung der unterdrückten Gewalt, den Anfang der neuen Freiheit der Menschheit, die nur in der organisierten Selbstbestimmung über ihr Schicksal bestehen kann. Es kommt hier nicht auf die Frage an, ob die Gewerkschaften in ihrer heutigen Form den politischen Kampf gegen die Staatsgewalt führen sollen. Es handelt sich hier um die Tatsache, daß nur eine feste, geschlossene Massenorganisation die politische Herrschaft erobern kann. Weil die Gewerkschaften den Anfang dazu bilden, kommt die Bedeutung dieser erwachenden Macht des Proletariats am ehesten den Gewerkschaftlern, wenn auch in unklarer Weise, zum Bewußtsein.

Die neuen taktischen Anschauungen, die in den letzten Jahren in der Arbeiterbewegung emporstiegen, hängen aufs engste mit dem Aufkommen und Erstarren der Gewerkschaften zusammen. Es ist klar, daß eine soziale Erscheinung von so tief einschneidender Bedeutung, wie die Entstehung von Massenorganisationen des Proletariats, auf die Anschauungen über Formen und Möglichkeiten des Klassenkampfes geradezu revolutionierend wirken muß. Die deutschen Verhältnisse bieten hier das vorzüglichste Beispiel.

Zu Anfang der neunziger Jahre fehlte in Deutschland die Massenorganisation. Auf dem Kölner Parteitag 1893 wurde von hervorragenden Führern bezweifelt, ob die Gewerkschaften je zu Bedeutung kommen würden; da man sie nur vom Standpunkte der unmittelbaren Verbesserungen betrachtete, wurde sogar die Furcht laut, sie könnten den Blick vom großen Ziel, der Eroberung der politischen Gewalt, ablenken. Wie mußte man sich unter solchen Umständen diese Eroberung denken? Entweder mit dem Stimmzettel — oder, wenn er nicht ausreichte, durch die revolutionäre Erhebung des Volkes. Allerdings war man sich über die Formen der letzten Methode nicht ganz klar, man ging ihrer Erörterung am liebsten aus dem Wege, verschob sie auf den Fall des Staatsstreichs von oben, und man konnte das, weil man ja das allgemeine Reichstagswahlrecht hatte, auch mit einem gewissen Rechte tun. Aber die Hauptfrage war: andre Möglichkeiten lagen nicht vor. Auf diesem Boden spielte sich der Streit zwischen der radikalen und revisionistischen Taktik ab. Um ihm beruht der Grundgedanke der traditionellen radikalen Taktik, für die die Eroberung der politischen Herrschaft Sache der Partei ist, die den politisch-parlamentarischen Kampf führt, während die Gewerkschaft sich nur um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu kümmern braucht. Die Auffassung mit dem bewaffneten Aufstand als letzten Trumpf, wurde noch auf dem französischen Kongress in Nancy (1907) von Guesde, dem Führer der Marxisten, dem Syndikalismus mit seiner Massenstreikidee entgegengesetzt.

Seitdem sind aber, unter dem Einfluß der 1895 einsetzenden Prosperität die Gewerkschaften mächtig emporgekommen. Durch diese Millionen umfassende Organisation der Arbeiterklasse ist das Problem der sozialen Revolution ein ganz anderes geworden. Jetzt erst konnte der Blick gescharft werden für das, was die proletarische Revolution von allen früheren bürgerlichen Revolutionen unterscheidet: die Organisation der Masse; jetzt trat klar hervor, wieso die proletarische Revolution nicht eine rein politische sein kann, sondern zugleich eine soziale sein muß; jetzt zeigte sich, daß den Gewerkschaften eine revolutionäre Bedeutung zukommt und daß sie sich nicht mit der Rolle zu bescheiden haben, unter dem Kapitalismus die Lebenslage der Arbeiter möglichst zu heben. Was Marx schon im „Glend der Philosophie“ hervorhob, die Bedeutung der Gewerkschaften als Anfänge der künftigen Weltorganisation des Proletariats, trat jetzt in neuer Lebendigkeit hervor.

Aber diese neue Einsicht trat in verschiedenen Fändern in verschiedener Form auf. In Frankreich trat sie als Syndikalismus in feindlichen Gegensatz zu der sozialistischen Partei, und war dadurch verurteilt, ein beschränktes einseitiges Prinzip zu bleiben, das durch innere Kämpfe die Arbeiterbewegung schwächte, statt sie zu stärken. Der Mangel an industrieller Entwicklung und die Kleinbürgerlich-demokratischen Illusionen bewirkten hier, daß jede neue Einsicht zu einer neuen Sektenbildung mit neuem Dogmatismus wurde. Ähnlich muß es überall gehen, wo der Reformismus die politische Bewegung des Proletariats beherrscht. Der Aufschwung von mit dem Syndikalismus verwandten Richtungen in England und Amerika findet darin seinen Grund, daß in dem Syndikalismus eine richtige Idee steckt: die Idee der Bedeutung der Massenorganisation für die Befreiung des Proletariats.

In Deutschland hat die praktische Geschlossenheit und die theoretische Klarheit der Arbeiterbewegung bewirkt, daß sich hier die neue Einsicht im Rahmen der Partei, als Erweiterung und Ergänzung ihrer bisherigen revolutionären Taktik entwickelte. In den Köpfen und Diskussionen der Wortführer mag sie allerdings als neue „dritte Richtung“ gegenüber reformistischen Gewerkschaftsführern und radikalen Parlamentariern auftreten. Aber in den Arbeitermassen, die zugleich Sozialdemokraten und Gewerkschaftler sind, für die die beiden Kampfmethoden eine untrennbare Einheit bilden und auf die die aus beiden stammenden Auffassungen einwirken, wächst sie als selbstverständlicher Teil ihrer sozialistischen Anschauungswelt empor. So wird die Einsicht in die revolutionäre Bedeutung der Massenorganisation immer mehr zum Gemeingut des deutschen Proletariats und stärkt es für seinen großen Kampf.

Gewerkschaftsbewegung.

Schwindelhafte Begründung.

D. Nach der Behauptung der Scharfmacher ist ein sogenannter schärferer Arbeitswilligenschuh, das heißt, die fast restlose Unterbindung des Koalitionsrechtes aus Gründen der Existenzmöglichkeit der einzelnen Unternehmen sowie zur Aufrechterhaltung der ganzen „nationalen Industriekonkurrenzfähigkeit“ auf dem Weltmarkt unumgänglich erforderlich. Angeblich bringen die durch die Gewerkschaften „erprejten“ Lohn erhöhungen die Industrie an den Abgrund des Verderbens. Nun erfreut aber den Kapitalisten schon seit langer Zeit eine sehr gute Verzinsung des in der Industrie angelegten Kapitals. Das kommt sinnenfälliger in dem Kursturz der Staatspapiere zum Ausdruck. Weil die Industrie erklecklich höhere Gewinne verheißt, werden die Staatspapiere boykottiert. Das zweite Merkmal für die Rentabilität der gewerblichen Anlagen ist der dauernd hohe Stand der Zinssrate für Leihgeld. Es ist aber doch auch angebracht, an konkreten Beispielen die günstige Lage

der Verhältnisse in der Industrie herauszustellen. Und da bieten die jetzt bekannt werdenden Abschüsse von Unternehmen, deren Geschäftsjahr am 1. Juli zu Ende war, die geeigneten Demonstrationsobjekte. Greifen wir den Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrik, Bochum heraus. Er erzielte folgende Resultate:

	Rohgewinn	Reingewinn	Dividende %
1908/09	5 295 292	3 592 828	12
1909/10	5 420 518	3 629 856	12
1910/11	6 250 000	4 480 000	12 1/2
1911/12	6 800 000	4 900 000	14

Die Entwicklung illustriert die wachsende „Rot“ der Industrie in trefflicher Weise. Ein ähnliches Bild liefern die Gewinnergebnisse der Vereinigten Stahlwerke von der Type und Bissener Eisenhütten u. G., Köln. In den letzten vier Jahren brachte die Gesellschaft folgende Gewinne heraus:

	1908/09	1909/10	1910/11	1911/12
Betriebsgewinn	1 016 138	1 897 090	2 114 047	3 144 177
Dividende in Proz.	7 1/2	10	10	12

Da hat man den Beweis von der Notwendigkeit, durch Kultur der Geldsuche die Gewinne zu steigern. Noch beweiskräftiger für die Möglichkeit von — Lohn erhöhungen sind die Abschüsse der Bergwerkunternehmen. Von der Harpener Bergbau-Gesellschaft liegen die Ziffern für das letzte Jahr ebenfalls vor. Darnach betragen die Betriebsüberschüsse:

1909/10	14 700 000 Mk.
1910/11	18 485 000 „
1911/12	18 881 500 „

Also trotz des Ausfalles infolge des Bergarbeiterstreiks und obwohl die erhöhten Rohlenpreise nur für eine kurze Zeit in Betracht kamen, eine ganz bedeutende Steigerung der Ueberschüsse. Und da wagt man es, besseren Lumpenschutz zu verlangen, damit noch mehr Profit aus der Arbeitskraft der Proletarier erprejt werden kann.

Leipzig und Umgebung.

Mehr Kontrolle der Barbiergehäfte.

Um sich vor Strafe zu schützen, hat die hiesige, in ganz Deutschland als reaktionär im höchsten Grade bekannte Barbier- und Friseurzunft am 4. August auf die Gesellschafterversammlung beschlossen, vom 1. 2 Uhr zu schließen. Dieser Beschluß machte sich notwendig, um die Kunden, die um diese Zeit noch anwesend sind, fertig bedienen zu können, was bei dem bisherigen Schluß gewöhnlich nicht möglich war, da laut bestehenden Bestimmungen die Bedienung Punkt 2 Uhr beendet sein mußte. Um diese Bestimmungen hat sich aber bis dieses Frühjahr, wo wir gezwungen waren, ein entsprechendes Schreiben an das Gewerbeamt zu senden, niemand sonderlich gekümmert. Nach Kontrolle durch die Ratsdiener mußten auch verschiedene Meister in Strafe genommen werden, woraus nun der jetzige Beschluß, der den „fortschrittlichen“ Innungsgeist getreu wiederpiegelt, gefaßt wurde. Da wir nun aber aus Erfahrung wissen, daß bei uns Innungsbeschlüsse zumeist nur auf dem Papier stehen, wollen wir hiermit die entsprechenden Amtsstellen hierauf besonders hinweisen. Aber auch die Arbeiterschaft möge ihr Augenmerk auf die Barbiergehäfte richten und mit dazu beitragen, daß die Barbiergehäfte etwas mehr freie Zeit erhalten.

Berband der Friseur-Gehilfen Deutschlands, Zweigverein Leipzig.

Achtung, Zigarrenfortierer! Die Firmen Alb. Datmann, Bernhalm u. Schmidt, Zigarrenfabriken, Neustadt, Ludwigstraße 1, haben einem Kollegen gekündigt. Die Kollegen können die Gründe für die Kündigung nicht als stichhaltig anerkennen. Vielmehr glaubt man an einen Verstoß gegen den Arbeitsnachweis. Sämtliche Sortierer haben sich solidarisch erklärt und sofort die Kündigung eingereicht. Einigungsunterhandlungen geschlugen sich. Die Firmen sind somit für Zigarrenfortierer gesperrt.

Bei der Firma H. Paschke, Zigarrenfabrik, Gottschewstraße, haben sämtliche Sortierer die Kündigung eingereicht. Es wird versucht, Verhandlungen über die Lohnforderungen aufzuschieben. Da die Kollegen nicht warten wollen, bis Erseh für sie geschafft ist, mußte zur Kündigung geschritten werden. Die Firma ist bis auf weiteres gesperrt.

Arbeitsnachweis und Sektion der Zigarrenfortierer.

Deutsches Reich.

Die Geldgeber der Gelben.

Die Augsburgs Postzeitung, das bayerische führende Zentrumorgan, läßt sich aus Ludwigshafen folgendes berichten: „Es ist eine schon lange bekannte Tatsache, daß die gelben Gewerkschaften nur bestehen können, weil sie finanziell unterhalten werden durch die Beiträge der Arbeitgeber. Das gleiche ist auch der Fall bei der gelben Gewerkschaft, dem Arbeiterverein der Badischen Anilin- und Sodaabrik. Am 28. Juli hat dieselbe eine außerordentliche Generalversammlung in Ludwigshafen abgehalten. Die dabei vorgelegte Jahresabrechnung enthält folgende Angaben: Die Beiträge der Fabrik betragen für 8894 Mitglieder 87444 Mk., die ordentlichen Mitglieder leisteten 8875 Mk. und die außerordentlichen Mitglieder 5108 Mk. Mit den Zinsen von 1509 Mk. betragen die Gesamteinnahmen 97036 Mk. Die Beiträge der ordentlichen Mitglieder stehen also in gar keinem Verhältnis zu den Beiträgen, welche die Fabrik, die Arbeitgeberin, für diese Arbeiterorganisation leistet. Dazu kommt, daß die Fabrik eine Orchestervereinigung gegründet hat und daß sie im Begriffe steht, ein großes Vereinshaus zu bauen. Man sieht, die Badische Anilin- und Sodaabrik bemüht sich, nach berühmten Mustern ihre Leute bei der Stange zu halten. Sie weiß, warum diese gewaltigen Summen in dieser Form verwendet werden. In besagter Versammlung ist auch beschlossen worden, dem Bund vaterländischer Arbeitervereine beizutreten.“

Was die Augsburgs Postzeitung schreibt, ist zwar nicht neu, doch ist es immerhin bemerkenswert, wenn ein Zentrumblatt solche freimüthige Kritik äbt. Diese Kritik ist umso interessanter, als sie gerade in Augsburg die Mitglieder der katholischen Vereine das Hauptkontingent in den gelben Werkvereinen stellen, weshalb man von jener Seite einer klaren Stellungnahme bisher stets vorzüglich aus dem Wege gegangen ist. Im Ableger der Augsburgs Postzeitung, der Neuen Augsburgs Zeitung, die von sehr vielen Gelben gehalten wird, sucht man übrigens diesen Artikel der Postzeitung vergebens.

Ende des Streiks in der Görlitzer Waggonfabrik.

Die Verhandlungen, die auf Anregung des Gauleiters des Metallarbeiterverbands stattfanden, haben nun doch noch zu einer Einigung geführt. Es wurden erreicht die 55 stündige wöchentliche Arbeitszeit und Lohnzulagen in Höhe von 3 bis 6 1/2 Pfg. pro Stunde. Außerdem wurden die Affordbasse erhöht und bei Affordarbeiten ein Minimallohn garantiert. Eine Verammlung der Streikenden nahm am Freitag mit 889 gegen 42 Stimmen diese Zugeständnisse an. Die Arbeitsaufnahme wird voraussichtlich Dienstag erfolgen. Der Streik ist damit beendet.

Das Ergebnis dieses mit großer Hartnäckigkeit vier Monate hindurch geführten Kampfes ist für die Arbeiter als durchaus be-